

## Umfragen und Positionen zum Grundeinkommen, Stand Januar 2020

### 1. Jüngere Umfragen<sup>1</sup> zu Grundeinkommen in Deutschland

[Marktforschungsinstitut SPLENDID RESEARCH](#) hat **2017** im Rahmen einer repräsentativen Umfrage 1.024 Deutsche zwischen 18 und 69 Jahren online zum Thema Grundeinkommen befragt. Zwei Dritteln der Deutschen ist das Grundeinkommen ein Begriff. Im Durchschnitt befürwortet eine Mehrheit von 58 Prozent der Bundesbürger seine Einführung. Der angemessene Betrag für ein Grundeinkommen liegt für die Deutschen bei durchschnittlich 1.137 Euro monatlich.

#### [Meinungsforschungsinstitut INSA](#) **2018**

Erfragt wurde die Zustimmung bzw. Ablehnung zu folgender Aussage: „Ich bin für die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland“. Das Ergebnis: 51 Prozent stimmen der Aussage zu, 27 Prozent stimmen ihr nicht zu.

#### *Positionen der potenziellen Wähler\*innen der Parteien im Deutschen Bundestag*

71 Prozent der Wähler der Partei DIE LINKE sind für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es folgen die Wähler\*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit 62 Prozent Zustimmung, die der SPD mit 58 Prozent Zustimmung, der AfD mit 53 Prozent Zustimmung. Der Anteil der Befürworter\*innen liegt unter den Wähler\*innen der CDU/CSU bei 40 Prozent und unter den Wähler\*innen der FDP bei 39 Prozent.

Das [Meinungsforschungsinstitut Civey](#) hat **2018** über 150.000 Bürger\*innen nach ihrer Meinung zum Grundeinkommen wie folgt befragt: „Befürworten Sie die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger?“

Das Ergebnis: 44,2 Prozent der Deutschen befürworten ein bedingungsloses Grundeinkommen. Demgegenüber stehen 51,4 Prozent, die dagegen sind. 4,4 Prozent geben ‚Weiß nicht‘ an.

#### *Positionen der potenziellen Wähler\*innen der Parteien im Deutschen Bundestag*

78,8 Prozent der potenziellen Wähler\*innen der Partei DIE LINKE befürworten ein Grundeinkommen auf jeden Fall bzw. sind eher dafür (sehr hohe Zustimmungsrate „auf jeden Fall“ mit rund 57 Prozent),  
64,0 Prozent der Partei BÜNDNIS 90/DIE Grünen (in etwa gleicher Anteil „auf jeden Fall“ bzw. „eher ja“),  
53,6 Prozent der SPD (in etwa gleicher Anteil „auf jeden Fall“ bzw. „eher ja“),  
34,1 Prozent der AfD (größerer Anteil mit „auf jeden Fall“),  
27,1 Prozent der CDU/CSU (größerer Anteil mit „eher ja“) und  
23,3 Prozent der potenziellen Wähler\*innen der FDP (in etwa gleicher Anteil „auf jeden Fall“ bzw. „eher ja“).

Bei den Wähler\*innen anderer Parteien überwiegt die Befürwortung des Grundeinkommens mit 55,9 Prozent (doppelter Anteil „auf jeden Fall“).

---

<sup>1</sup> Die Ergebnisse der Umfragen liefern weitere interessante Antworten auf Fragen zum Grundeinkommen und dessen Wirkungen, die hier nicht wiedergegeben werden.

Das [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung](#) 2019 stellt fest: Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland befürwortet ein Grundeinkommen. Die Zustimmungsrate liegt – je nach Erhebung und Befragungsjahr – zwischen 45 und 52 Prozent.

Der Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stellt weiterhin *erstens* fest, dass die Zustimmungsrate zum Grundeinkommen in Deutschland als relativ stabil anzusehen ist. Das zeigt die Auswertung von vier Befragungen, zwei Befragungen in den Jahren 2016/17 und zwei Wiederholungsbefragungen im Jahr 2018. Festgestellt wird *zweitens*, dass die Befürwortenden „eher in jüngeren Altersgruppen anzutreffen sind, höhere Bildungsabschlüsse aufweisen und über niedrige Haushaltseinkommen verfügen.“ (S. 265). Auch seien es eher *sozial eingestellte und sich politisch links verortende Personen*, die das Grundeinkommen befürworten. Und *drittens* verweisen die Befragungsergebnisse darauf hin, dass die Gruppen der Befürwortenden und der Ablehnenden keine geschlossenen Gruppen sind. Zwischen der ersten und der Wiederholungsbefragung änderte 30 Prozent ihre Meinung zum Grundeinkommen. 15 Prozent, die das Grundeinkommen ablehnten, wurden Befürworter\*innen. Bei den anderen 15 Prozent verhielt es sich genau umgekehrt.

## **2. Größere Organisationen und Wissenschaftler\*innen in Deutschland für das Grundeinkommen**

Deutscher Bundesjugendring, AWO Bundesjugendwerk, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Naturfreundejugend, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, Internationale Erich-Fromm-Gesellschaft, Netzwerk Grundeinkommen

zurzeit Diskussion in Diakonie (voraussichtlich Konzepterstellung), demnächst auch in Nationaler Armutskonferenz

Beschlüsse in vielen kleineren Parteien (z. B. Piraten)

Zusammenschlüsse in BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und in Gewerkschaften

viele Wissenschaftler\*innen pro Grundeinkommen siehe <https://www.grundeinkommen.de/netzwerk/beirat> plus weitere (z. B. Hartmut Rosa, Gabriele Winker)

2020/2021 Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen: Start Unconditional Basic Income

## **3. Positionen der Partei DIE LINKE seit 2007**

a) Programmatische Eckpunkte - Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE 2007

„Wir diskutieren mit unterschiedlichen Partnern weiter über Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen“.

b) Parteiprogramm 2011

„Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“

c) Bundestagswahlprogramm 2013

„Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir befürworten auch die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.“

d) Europawahlprogramm 2014

„Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen und unterstützen entsprechende Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge auf europäischer Ebene.“

e) Bundestagswahlprogramm 2017

„DIE LINKE thematisiert das Grundeinkommen wie viele soziale Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Verbände. Dabei ist DIE LINKE nicht entschieden, wir wollen die kontroversen Diskussionen weiterführen. Auch deshalb unterstützt DIE LINKE die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.“

f) Europawahlprogramm 2019

„Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln und vorsorglich vor Armut zu schützen. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir unterstützen Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene.“

g) Beschluss des Parteitags des Landesverbandes Thüringen, Oktober 2018

*„Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!“*

In den vergangenen Monaten hat DIE LINKE. Thüringen der Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) Raum gegeben, um das Pro und Contra landesweit in den Gliederungen und darüber hinaus zu erörtern. Hierzu nimmt die 2. Tagung des 6. Landesparteitags den Bericht der Organisator\*innen (Anlage 1) zur Kenntnis. Ausgehend von unserem Diskussionsprozess hält DIE LINKE. Thüringen folgende Schlussfolgerungen fest:

1. *Das BGE ist für viele Menschen in der gesellschaftlichen Linken eine Hoffnung auf einen möglichen Weg zu mehr Emanzipation, weniger Zwang zu Erwerbsarbeit und zur Erschütterung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.* Die Erosion des Sozialgefüges, die soziale Spaltung und Armutsentwicklung schreiten weiter voran. Politisch befeuert mit der Agenda 2010 und anderen neoliberalen Politiken, verstärkt durch ökonomische Prozesse wie neue Formen der Prekarität oder der kapitalgetriebenen Digitalisierung, stellen sich viele Menschen die Frage, wie soziale Sicherheit für alle in Zukunft organisiert werden kann. Als ein noch relativ neues Modell gewinnt dabei die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens zunehmend Anhängerinnen und Anhänger, verspricht es doch eine Abkehr von wirtschaftlichen Zwängen der Erwerbsarbeit und staatlicher Bevormundung wie den Hartz IV-Sanktionen. Linke Kritiker\*innen, insbesondere aus den Gewerkschaften, betonen die mangelnde ökonomische Basis der Diskussion um das BGE und befürchten die Durchsetzung eines neoliberalen Modells, welches statt Existenzsicherung im Sinne sozialstaatlicher Garantien ein sanktionsfreies Abstellgleis für in der Kapitallogik unnütze Menschen darstellt und mit einem weiteren Abbau des Sozialstaats einhergeht. Beide Positionen haben ihre Berechtigung, weder das erhoffte emanzipatorische, noch das befürchtete neoliberale Modell sind Selbstläufer. Aufgabe der LINKEN ist es deshalb für die Menschen, die ein emanzipatorisches Modell vertreten und auf der Suche nach Umsetzungswegen zur Überwindung der Kapitallogik sind, als Diskussions- und Ansprechpartnerin zu dienen ohne mögliche negative Auswirkungen eines BGE zu ignorieren.

2. *Ein LINKES BGE muss den emanzipatorischen Gedanken stets in den Vordergrund stellen und darf niemals gegen die bestehenden Errungenschaften der sozialen Sicherung in Stellung gebracht werden.* Das von unserer DIE LINKE. BAG Grundeinkommen entwickelte Modell hat bereits viele Kritiken berücksichtigt und inkludiert. Es erhält bestehende Systeme der sozialen Sicherung, fordert teilweise deren Ausbau und ergänzt diese um ein existenzsicherndes Grundeinkommen von 1170 Euro netto pro Monat (aktuelle Berechnungen für 2018). Zur Umsetzung wären starke Umverteilungsmechanismen notwendig, eine globale Perspektive ist eingebunden. Dieses Modell muss weiterentwickelt und immer wieder mit den Kritiker\*innen gegengeprüft werden. Es bleibt vor allem die Frage: Wie realistisch ist eine Umsetzung eines solchen radikalen Eingriffs angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse?

3. *Auch ein emanzipatorisches BGE ist kein Allheilmittel: Es löst weder automatisch Fragen gerechter Verteilung (national wie global), noch enthebt es uns aus der Verantwortung, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und weiterer Diskriminierungsformen zu beantworten.* Das emanzipatorische Grundeinkommen, wie es in der gesellschaftlichen Linken diskutiert wird, fokussiert noch zu sehr auf nationale Rahmenbedingungen und ignoriert zu stark andere Unterdrückungsmechanismen außer dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Die Diskussion um das BGE braucht eine feministische und antirassistische Aktualisierung und muss sich ernsthafter mit den Fragen globaler Verteilungsgerechtigkeit befassen. Gleichzeitig können Debatten wie das ‚Basic Food Income‘ im Rahmen der Entwicklungspolitik oder Beiträge zum Verhältnis von Erwerbs- und Care-Arbeit aus einer BGE-Perspektive auch diese Diskussionen befördern. Die Impulse gilt es in beide Richtungen zu integrieren. In die Diskussion über das BGE müssen wir stärker begleitende sozial- und infrastrukturpolitische

Maßnahmen eingebunden werden. Sie sind keine nebensächliche „Selbstverständlichkeit“. Sie sind die existenzielle Notwendigkeit, um ein BGE jenseits neoliberaler BGE-Modelle eine Chance zu geben.

4. *Das emanzipatorische BGE verbindet Menschen der gesellschaftlichen Linken über Parteigrenzen hinweg und entfaltet eine Vision einer anderen Gesellschaftsordnung, die es zu nutzen gilt.* Für DIE LINKE wäre es sowohl falsch, unkritisch allen BGE-Variationen hinterherzulaufen als auch die Anhänger\*innen als Utopisten ohne ökonomische Grundkenntnisse zu verdammen. DIE LINKE sollte vielmehr das auch in ihr vorhandene Know-How und ihre Ressourcen beisteuern, um BGE-Interessierte und -Kritiker\*innen zusammenzubringen und Einfluss auf die Diskussion um ein BGE zu nehmen, um den emanzipatorischen Aspekt zu stärken. Dabei können wir viele Bündnispartner\*innen und auch als Partei gesellschaftlichen Rückhalt gewinnen.

5. *Die Diskussion um das BGE muss in der LINKEN weitergeführt werden.* Dafür muss auch in unserer Partei die Diskussion zu ‚Pro und Contra BGE‘ dringend weitergeführt werden. Statt an der Frage ‚Bist du für oder gegen das BGE?‘ unsere Partei auseinanderzuidividieren, sollten wir gemeinsam an diesem Diskussionsprozess wachsen. Spätestens bis zur nächsten Bundestagswahl muss DIE LINKE in der Lage sein ein breit in der Partei getragenes Konzept eines emanzipatorischen BGE zu präsentieren, unabhängig davon, ob dieses in einem Bundestagswahl- und in unserem Parteiprogramm als Forderung Eingang findet oder nicht. Nur mit einer gemeinsam getragenen Position kann DIE LINKE dem Vordringen neoliberaler BGE-Modelle wirksam entgegentreten und als wichtige Akteurin in der BGE-Community wahrgenommen werden. DIE LINKE. Thüringen wird in diesem Sinne in den Parteigremien wirken.

6. *Der Landesparteitag empfiehlt, mit der Forderung nach einer bedingungslosen Kindergrundsicherung einen ersten Teilschritt in die Richtung eines emanzipatorischen BGE programmatisch zu verankern.* Ausgangspunkt unseres Handelns sollte ein bereits weitgehend geeinter Themenpunkt sein: Schon in unserem Bundestagswahlprogramm 2017 heißt es: ‚Wir schaffen eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder vor Armut und Ausgrenzung schützt.‘ Dieses universale Kinderrecht bedingungslos umzusetzen, in erster Linie vom Kind und nicht vom Einkommen der Eltern her gedacht, könnte ein erster weitgehend konsensualer Baustein sein. Die Überwindung von Kinderarmut mit allen ihren individuellen und gesellschaftlichen Folgen wäre ein sozialpolitischer Fortschritt, dem eine existenzsichernde bedingungslose Grundsicherung im Alter als nächster Schritt folgen könnte. Unbenommen davon sind Forderungen wie eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV richtige Maßnahmen, um Zwängen in der Arbeitswelt zu begegnen und für ein BGE eine bessere gesellschaftliche Ausgangslage zu erzeugen.

7. *DIE LINKE. Thüringen wird sich für eine Stärkung der wissenschaftlichen Forschung zum BGE einsetzen.* DIE LINKE. Thüringen wird im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen im Jahr 2019 darauf dringen, dass zur Stärkung der Transformations- und Grundeinkommensforschung an einer Thüringer Universität ein vom Freistaat Thüringen finanziertes Graduiertenkolleg aufgelegt wird.

8. DIE LINKE. Thüringen setzt sich für Zukunftsforen zur Gesellschaft im Wandel ein. Mit breit angelegten Zukunftsforen, organisiert und begleitet von der Landesregierung, wollen wir in der kommenden Wahlperiode die Menschen einladen, sich selbst und ihre Vorstellungen einzubringen, wie wir auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren wollen. Die Foren sollen eine nachhaltige soziale und ökologische Veränderung der Gesellschaft unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund der Globalisierung und Digitalisierung, des Klima- und demografischen Wandels und der Schonung natürlicher Ressourcen. Ziel ist dabei ein zukunftsfähiger demokratischer Sozialstaat, der jedem Menschen eine freie Entwicklung seiner individuellen Fähigkeiten und politische, kulturelle und soziale Teilhabe ermöglicht. Dabei wird die Diskussion um ein BGE ein möglicher Zugangspunkt sein, gleichfalls universelle Menschen- und Bürgerrechte, strategische Arbeitszeitverkürzung, Verhinderung von Armut, Ausgrenzung und Gewalt. Die Zukunftsforen werden wissenschaftlich begleitet, die Feststellungen (Konsens und Dissens) sollen publiziert und über Thüringen hinaus bekanntgemacht werden.“

h) Beschluss des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Juni 2019

*„Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!*

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will einen Diskussionsprozess über das bedingungslose Grundeinkommen führen. Der Landesvorstand wird beauftragt, diesen Diskussionsprozess zu unterstützen und so zu organisieren, dass in den Kreis- und Stadtverbänden gemeinsam mit der LAG Grundeinkommen und anderen Akteur\*innen von innerhalb und außerhalb der Partei über ein linkes Grundeinkommen diskutiert werden kann. Dabei sollen gleichermaßen Befürworter\*innen und Gegner\*innen eines BGE zu Wort kommen.

Am Ende dieses Prozesses soll auf einem Landesparteitag über die Position des Landesverbandes zum BGE entschieden werden.“